



Gemeinschaft
für studentischen
Austausch in
Mittel- und
Osteuropa e.V.

Schriftenreihe der GFPS e.V.
Ausgabe 02/2014

Politische Kultur und Zivil- gesellschaft in Polen nach 1989

von Johann Wiede

GFPS e.V. ist die „Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa“, konkret mit: Belarus, Deutschland, Polen und Tschechien. Der als gemeinnützig anerkannte Verein steht unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Gesine Schwan. Die Schriftenreihe des Vereins ermöglicht es ausgewählte Arbeiten ehemaliger Stipendiaten einer breiten Leserschaft zugänglich zu machen.



Autor: Johann Wiede

Politische Kultur und Zivilgesellschaft in Polen nach 1989

Johann Lennart Wiede studiert Europa-Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). 2012/13 verbrachte er im Rahmen des Doppel-Master-Programms der Adam-Mickiewicz-Universität und der Viadrina und als GFPS-Stipendiat ein Jahr in Posen. Seine Begeisterung für Polen gewann er durch sein Bachelor-Studium der Germanistik und Polonistik in Leipzig und während eines zweisemestrigen Erasmus-Studiums in Warschau. Seine wissenschaftlichen Interessen umfassen die demokratische Legitimität innerhalb der Europäischen Union, Fragen zur politischen Kultur und zivilgesellschaftlichen Bewegungen im urbanen Raum. Gegenwärtig forscht er im Rahmen seiner Master-Arbeit zur Pluralisierung der polnischen Zivilgesellschaft anhand des Beispiels des politischen Netzwerks Krytyka Polityczna. Anschließend will er auf Reisen eine weitere slawische Sprache lernen – wahrscheinlich Russisch.



Schriftenreihe der GFPS e.V.
Ausgabe 02/2014

ISSN: 2192-2780

© Johann Wiede

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung des Textes in irgendeiner Form, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Autors erlaubt.

Impressum

Herausgeber: GFPS e.V.
Redaktion: Julia Roos, Yaman Kouli
Layout: Romy Heyner

www.gfps.org



**POLITISCHE KULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT IN
POLEN NACH 1989**
von Johann Wiede

Einleitung

In der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS äußern sich 59% der polnischen Bürger_innen empört über die politische Situation im eigenen Land, 70% davon beziehen sich dabei weniger auf die Tätigkeit der Regierung, sondern auf die gesamte politische Klasse und die Funktionsweise der Demokratie in Polen.¹ Diese schon länger die polnische Gesellschaft dominierende Politikverdrossenheit ist ständiges Thema in der Öffentlichkeit, in Medien, Foren oder Alltagsgesprächen, findet jedoch wenig geordneten und organisierten Widerhall in der Zivilgesellschaft. Die auf den ersten Blick auch von älteren Demokratien geteilten Einstellungen der Bürger_innen gegenüber der Politik – mangelnder Einfluss, emotionale Distanz, Misstrauen – sind gleichwohl in Polen wie in anderen postkommunistischen Staaten von geschichtlichen und kulturellen Faktoren abhängig. Die schwache Zivilgesellschaft als „eine der grundlegenden Ursachen der Schwäche der polnischen Demokratie“² wird im Folgenden als Ausgangspunkt gesehen, Fragen zur spezifischen politischen Kultur (die Politiker_innen und Wähler_innen gleichermaßen prägt) und der politischen Realität wie der niedrigen Wahlbeteiligung und Organisation in Vereinigungen zueinander in Beziehung zu setzen. Es soll anhand von Interviews, theoretischen und sozialhistorischen Studien und empirischen Analysen herausgearbeitet werden, welche Faktoren in einem polnischen Kontext gegenüber allgemeinen demokratietheoretischen oder derzeitigen europa- und weltweiten Diskursen um Zivilgesellschaft, Partizipation und Legitimität besondere Beachtung verdienen. Angelehnt an die provokative These von Ossowski 2011, dass die polnische Bevölke-

¹ Vgl. Oburzeni Polacy. Bo kryzys, bo niskie zarobki, bo fatalni politycy. Wina Tuska? Niekoniecznie [Wütende Polen. Da Krise ist, da die Einkommen niedrig und die Politiker fürchterlich sind. Die Schuld von Tusk? Nicht unbedingt]. In: Gazeta Wyborcza vom 13.05.2013.

² Gliński, P. (2008): Die Zivilgesellschaft in Polen: Genese, Entwicklung, Dilemmata. In: Polen-Analysen, H. 25, abrufbar unter http://deposit.ddb.de/ep/netpub/6x/48/71/98371486x/data_deli/PolenAnalysen25.pdf, zuletzt eingesehen am 01.02.2014.

rung im Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus ihre Untertanenhaltung gegen eine Konsumhaltung getauscht hätte³, stellt diese Arbeit die Frage nach der Existenz und den Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Eigenschaften und Organisationen in Polen. Auch wird zu prüfen sein, inwieweit im öffentlichen Raum Politik von den Bürger_innen thematisiert und politisch verhandelt wird.

Forschungsstand

Die Forschung näherte sich dem Begriff der Zivilgesellschaft vor allem aus normativer und demokratietheoretischer Sicht, was mit der Etablierung des Diskurses während der Zeit des „Kalten Krieges“ zusammenhängen könnte. Seit den 1980er Jahren scheint der Begriff der „Zivilgesellschaft“ oder englisch „Civil Society“ ein Modebegriff geworden zu sein und wird beinahe inflationär verwendet, um politisches Engagement in der Öffentlichkeit von parlamentarischer und institutioneller Politik abzugrenzen. Die polnische Rezeption des zivilgesellschaftlichen Diskurses stieg sprunghaft seit Beginn des vorletzten Jahrzehnts und noch einmal mit dem Beitritt des Staates zur Europäischen Union 2004 an. Ein Wegbereiter dieses Forschungszweiges in Polen ist Edmund Wnuk-Lipiński, der seit den 1990er Jahren den demokratischen Neuanfang Polens untersuchte. Waren die ersten Arbeiten in der polnischen Forschung auf die Rolle des Bürgers/der Bürgerin im Gemeinwesen und die Voraussetzungen demokratischer Erziehung und Bildung (vgl. z.B. Mojsiewicz 1993) konzentriert, etablierte sich die empirische Sozialforschung als Gradmesser gesellschaftlicher Veränderungen. Think Tanks wie das „Instytut Spraw Publicznych“ oder Meinungsforschung durch das „Centrum Badań Opinii Społecznej“ (CBOS) waren wichtige Bereicherungen für theoretisch fundierte Arbeiten, wie die des vielzitierten Soziologen Piotr Gliński aus Białystok sowie des in Harvard lehrenden Komparatisten Grzegorz Ekiert, der zu Demokratisierung, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa forscht.

Bokajło und Wiktorska-Świącka gehen in ihrem 2007 erschienenen Buch „Europa Obywateli“ [Das Europa der Bürger] wiederum auf das wechselseitige Verhältnis der nationalen Gesellschaftsebene zur europäischen Dimension ein. Ein interdisziplinäres Standardwerk zur Thematik ist 2005 von Witkowska und Wierzbicki er-

³ Vgl. Ossowski, S. (2011): W kierunku urynkowania. Zagrożenia dla liberalnej demokracji w Polsce [In Richtung Vermarktung. Eine Gefahr für die liberale Demokratie in Polen], Posen, S. 176.

schienen. Auch gibt es mittlerweile eine große Menge empirischer Literatur zur Europäisierung der einzelnen Politikbereiche⁴ sowie der Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen durch EU-Fördermittel.⁵

Zivilgesellschaft und politische Kultur als Eckpfeiler der Demokratie

Nach Bokajło/Wiktorska-Święcka 2007 gibt es in der heutigen Welt keine auf dem Prinzip der Volkssouveränität und der Partizipation sich gründenden Demokratien ohne eine aktive Zivilgesellschaft. Die Idee der Zivilgesellschaft weist auf eine politisch mündige Gesellschaft hin, die daran interessiert ist, eine wertorientierte politische Kultur und eine Gleichberechtigung ihrer Mitglieder aufzubauen. Weniger klar scheint jedoch, welche Voraussetzungen eine Zivilgesellschaft im Sinne einer erstrebenswerten politischen Gesellschaftsform erfüllen muss⁶ und was eine „gute“ Bürger_in ausmacht. Schon in der Antike war die Idee einer guten Staatsverfassung neben den theoretischen Voraussetzungen – wie beispielsweise die Trennung der Privatsphäre von der politischen Öffentlichkeit – von der politischen Tugendhaftigkeit der (in diesem Fall nur männlichen) Bürger abhängig. Aristoteles sah im *zoon politikon*, der politische Mensch, der selbstbestimmt und freiwillig in der politischen Sphäre – der Öffentlichkeit – mit anderen zusammenkommt, den idealen, wenn auch dadurch unwahrscheinlich wirkenden Staat der *politei* verwirklicht, der von einer Mehrheit mündiger Bürger selbst verwaltet würde. In der Theorie der heutigen Zivilgesellschaft wird auf diesen Zusammenhang zwischen Kollektiv und Individuum explizit hingewiesen, wenn als Hauptargument für eine Zivilgesellschaft der sich selbst verwirklichende Mensch im Vordergrund steht. Dieser handelt autonom, sucht aber gleichzeitig Akzeptanz bei Anderen und findet sich frei von staatlichen Zwängen in freiwilliger Organisation zusammen.⁷ Diese formal oder nichtformal organisierten Verbände

⁴ Vgl. z.B. Bloom, A. (2011): Europäisierung nationalstaatlicher Politik – Probleme der Zivilgesellschaft Polens. In: Franzke, J. (Hg.): Europa als Integration und Herausforderung. Sozialwissenschaftliche Sichten aus Polen und Deutschland, Potsdam, S. 215-233; Gašior-Niemiec, A./Gliński, P.: Europeanization of civil society in Poland. In: Revija za Socijalna politiku, Jg. 14, H. 1 (2007), S. 29-48.

⁵ Statt vieler: Świstak, M. et al. (2008): Fundusze Unii Europejskiej 2007-2013: cele, działania, środki [EU-Fonds 2007-2013: Ziele, Verfahren, Mittel], Krakau.

⁶ Vgl. Bokajło, W./Wiktorska-Święcka, A. (2007): Wstęp [Einführung]. In: Dies. (Hgg.): Europa Obywateli. Polskie Społeczeństwo Obywatelskie *In Actu* [Europa der Bürger. Die polnische Zivilgesellschaft *in Aktion*], Breslau, S. 9.

⁷ Vgl. Witkowska, M./Wierzbicki, A. (2005): Społeczeństwo obywatelskie [Die Zivilgesellschaft]. Warschau, S. 10.

basieren auf zwischenmenschlichem Vertrauen und Solidarität und sind – zumindest in der Theorie – nach dem Prinzip der Subsidiarität aufgebaut: Die jeweiligen Aufgaben und Ziele, aber auch Konflikte werden auf möglichst niedrigster, lokaler Ebene bewältigt, es sei denn, sie können effizienter oder besser auf höherer Ebene oder durch den Staat erledigt werden. Dieser spielt in diesem Konzept somit nur eine Hilfsrolle.⁸ Gleichzeitig ist die vom Staat unabhängige Zivilgesellschaft diesem nicht entgegengestellt, da sie eine Vermittlerfunktion zwischen Individuum und Staat darstellt und sich in Bezug auf den „guten Bürger“ sowohl auf Konzepte der gemeinschaftlichen und individualistischen Vision von Demokratie bezieht.⁹

Neben der normativen und theoretischen Behandlung der Entwicklung der Zivilgesellschaft in einem Land muss dessen jeweils spezifische politische Kultur mit seinen historischen und sozialen Komponenten miteinbezogen werden. Letztere zeichnet sich durch erlernte und praktische Werte sowie bürgerliche Einstellungen und Verhaltensweisen aus, die institutionell durch den Staat gesichert sind, ohne von diesem abhängig zu sein.¹⁰ Somit wird davon ausgegangen, dass

„[ü]ber die Gestalt des Systems nicht nur die institutionelle Struktur [entscheidet], sondern auch die Einstellungen der Bürger, ihre Gewohnheiten und ihre Fähigkeit zur Teilnahme am öffentlichen Leben.“¹¹

Die ausgebildete politische Kultur und Erziehung als Grundlage einer aktiven Zivilgesellschaft setzt sich nach Mojsiewicz dabei aus vier Dimensionen zusammen, wobei den letzten beiden in dieser Arbeit besondere Beachtung gewidmet wird: erstens die intellektuelle Dimension als das gesellschaftliche und politische Wissen; zweitens die normative, wertende Dimension in Bezug auf Politik; drittens

⁸ Vgl. Bokajło/Wiktorska-Święcka (2007): S. 11.

⁹ Nach Wiktorska-Święcka (2007) ist dieses Konzept dem der Zweiteilung von Jürgen Habermas zwischen einer liberalen und republikanischen Demokratietradition ähnlich; vgl. Wiktorska-Święcka, A. (2007): Społeczeństwo obywatelskie w Polsce – refleksje nad teorią i genezą oraz próba oceny stanu i rozwoju [Die Zivilgesellschaft in Polen – Reflexionen zur Theorie und Genese sowie eine versuchte Bewertung ihres Zustandes und ihrer Entwicklung]. In: Bokajło, W./Wiktorska-Święcka, A. (Hgg.): Europa Obywateli. Polskie Społeczeństwo Obywatelskie *In Actu* [Europa der Bürger. Die polnische Zivilgesellschaft in Aktion], Breslau, S. 19.

¹⁰ Vgl. Bokajło/Wiktorska-Święcka (2007): S. 10.

¹¹ „[O] kształcie systemu decyduje nie tylko struktura instytucji, ale także postawy obywateli, ich nawyki i skłonność do uczestnictwa w życiu publicznym“; vgl. Witkowska/Wierbicki (2005): S. 107 f.

die emotionale Dimension, die die Einschätzung sowohl unterschiedlicher Institutionen, des politischen Verhaltens, als auch gesellschaftlicher Ereignisse umfasst sowie viertens die praktische Dimension, mit der der konkrete Umgang, das Verhalten und die Teilhabe in einer funktionierenden Gesellschaft in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen beschrieben wird.¹² Indem die politische Kultur eines Landes die politische Kommunikation und die Artikulation gemeinsamer Interessen sowie die Gewohnheiten und das öffentliche Handeln von Individuen prägt, wirkt sie auf deren Selbstverständnis als Bürger_innen und ihre Vorstellung einer anzustrebenden Gesellschaft.¹³

Das Beispiel Polen

Polens politische Kultur und ihre Auswirkung auf die politische Aktivität und die Zivilgesellschaft kann ohne den gewaltigen Einfluss der Geschichte des Staates, der 123 Jahre andauernden Fremdherrschaft bis Ende des Ersten Weltkriegs, der außerhalb eines festen Staatsgefüges lebenden Kulturgemeinschaft und des sozialistischen Einparteiensystems nach dem Zweiten Weltkrieg nicht verstanden werden. Die Erfahrungen mit Staatsgewalt und Fremdherrschaft tragen dazu bei, dass eine lang andauernde Identifizierung mit dem „Politischen“, dem Staat als Ausdruck der Interessen der Nation, wie sie in vielen europäischen Staaten in den Nationalisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts geschah, nicht stattfand. Die Öffentlichkeit in den polnischen Gebieten des preußischen/deutschen, des habsburgischen und des russischen Reiches war geprägt von einer „Zerrissenheit“, die gesellschaftliche Selbstorganisation in unabhängigen antistaatlichen Vereinigungen neben der Erhaltung des eigenen kulturellen Erbes als Widerstand gegenüber den jeweils fremden okkupierenden Staaten verstand. Damit stellten soziale, kulturelle und politische Organisationen gleichzeitig ein Mittel der nationalen Emanzipation der Polen dar.¹⁴

Der Begriff der Zivilgesellschaft im engeren Sinne entstand in Polen in der Selbstverwaltung kirchlicher und sozialer Untergrundbewegungen. Dazu wuchs, ähnlich wie in anderen „westlichen“ Demokratien, Ende der 1960er mit den An-

¹² Vgl. Mojsiewicz, C. (1993): Rola edukacji obywatelskiej w rozwijaniu kultury politycznej [Die Rolle der Bürgererziehung in der Entwicklung der politischen Kultur]. In: Borowczyk, K. et al. (Hgg.): Problemy edukacji obywatelskiej w procesie przemian ustrojowych [Probleme der Bürgererziehung im Prozess des Systemwechsels], Thorn/Posen, S. 18.

¹³ Vgl. Witkowska/Wierbicki (2005): S. 107 f.

¹⁴ Vgl. Bokajło/Wiktorska-Święcka (2007): S. 10 f.

fang der 1970er Jahren entstandenen Protestbewegungen (in Polen weniger Studierendenproteste, als die von (Werft-)Arbeiter_innen, wie 1970/71, 1976 und 1980) ein neues Selbstverständnis und -bewusstsein für politische Eigeninitiative und Selbstverantwortung gerade – aber nicht nur – unter jungen Leuten heran. Jedoch stellte hier wiederum die negative Abgrenzung zum Staat das einzige verbindende Element dar und besaß durch die Nähe zur Institution der katholischen Kirche eher moralischen als politischen Charakter. Wohl nicht zuletzt durch die positiven Erfahrungen der Selbstverwaltungen und oppositionellen Tätigkeit in der Arbeiter_innenbewegung der „Solidarność“ wurde nach dem Systemumbruch 1989 neben dem Aufbau repräsentativer demokratischer Institutionen und eines freien Wirtschaftsmarkts die Bildung einer Zivilgesellschaft gefordert. Doch die fehlende Stärke der Mittelklasse im Transformationsprozess hatte zur Folge, dass sich Repräsentant_innen von Interessenverbänden, Gewerkschaften und Vereinigungen durch ihre marginale Bedeutung und ihren schwachen rechtlichen Status nicht als gesellschaftliche Organisationen etablieren konnten und dem Staat alleine die Aufgabe überlassen wurde, Forderungen der Menschen zu kanalisieren und zu erfüllen.¹⁵ Rasch nach der politischen und wirtschaftlichen Transformation gründeten sich unzählige Nichtregierungsorganisationen, von denen die meisten nach einigen Jahren wieder verschwanden. 90% der heute noch Aktiven wurden nach 1989 gegründet, doch gemessen an Faktoren wie Partizipation oder Anzahl an Mitgliedern in solchen Vereinigungen befindet sich die polnische Zivilgesellschaft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern an letzter Stelle.¹⁶ Auch ist das Potenzial für politischen Protest im Verlauf der 1990er Jahre gesunken, was zum einen mit der relativ gesehenen Verbesserung der Lebensbedingungen nach der Hyperinflation am Anfang des Jahrzehnts zusammenhängt, zum anderen auf den Bedeutungsverlust der Arbeiter_innengewerkschaften zurückzuführen ist, insbesondere des für die Transformation entscheidenden politischen Akteurs der „Solidarność“.¹⁷

¹⁵ Vgl. Bokajło/Wiktorska-Świąćka (2007): S. 11.

¹⁶ Vgl. Gaşior-Niemiec/Gliński (2007): S. 31.

¹⁷ Vgl. Ekiert, G./Kubik, J. (2009): Civil Society in Poland. Case Study (Taipei, 05.-07.06.2009), abrufbar unter http://www.cbos.pl/PL/wydarzenia/04_konferencja/Civil%20society%20in%20Poland.pdf, zuletzt eingesehen am 20.11.2013, S. 29.

20 Jahre später korrigierte sich das Bild zwar leicht nach oben¹⁸, doch nach wie vor sind 72% der erwachsenen Polen und Polinnen mit keiner bürgerschaftlichen Organisation (NGO oder gesellschaftlich aktiven Initiative) verbunden.¹⁹ In der 2011 veröffentlichten Ausgabe der „Diagnoza społeczna“ [Gesellschaftliche Diagnose] wird diese Situation als Teufelskreis beschrieben: Da die Polen und Polinnen selten für die Sache jeweils anderer, einer Organisation oder der eigenen Gemeinschaft eintreten, sich darüber hinaus ungern zusammentun, um etwas zu beschließen und danach zu handeln, haben sie keine Gelegenheit, das organisierte gesellschaftliche Handeln zu lernen und die Fähigkeiten zu erwerben, die erst das Leben in einer Zivilgesellschaft ermöglichen.²⁰ Als eine dem vorausgehende Ursache sieht Żakowski mit Verweis auf eine europaweite Untersuchung der spanischen Stiftung BBVA von 2013 eine unter polnischen Bürger_innen fehlende Neugier. Diese schlägt sich u.a. darin nieder, dass im Durchschnitt die polnischen Bürger_innen dreimal weniger die Presse lesen als die durchschnittlichen EU-Bürger_innen, wobei überhaupt nur jede_r Zehnte täglich eine Zeitung in gedruckter oder elektronischer Form liest.²¹ Auch in den anderen Rubriken – Mitgliedschaft in einer Organisation, Teilnahme an politischen Kampagnen, Spenden an Parteien oder Organisationen, Unterzeichnung von Petitionen, Streikteilnahmen, Internetprotest, Demonstrationen, Boykott von Konsumgütern direkter Druck auf Politiker_innen – liegt Polen im Schnitt mit zwei- bis fünffach niedrigerer Beteiligung im Vergleich zum EU-Durchschnitt auf den letzten Plätzen.²² Gleichzeitig weist Ossowski darauf hin, dass sich selbst unter den aktiveren Bürger_innen das Engagement nicht auf das Vertrauen gegenüber dem Parlament und den politischen Parteien überträgt. Ein Grund dafür könnte nach Auffassung des Autors sein, dass Organisationen mit gesellschaftlich wirkenden Mitgliedern nicht direkt aus der politischen Sphäre kommen.²³ Dieser vermeintliche Zusam-

¹⁸ Nach Bericht des CBOS von 2012 ist die subjektive Einschätzung, Einfluss auf die Geschichte des Landes zu haben, seit Anfang der 1990er Jahre bis 2008 sukzessive gestiegen.

¹⁹ Vgl. Ossowski (2011): S. 134.

²⁰ Nach Siewiorek, R. (2013): *Przeciw siobraniu kawy na ławie* [Gegen das Kaffeeschlürfen auf der Couch]. In: *Gazeta Wyborcza* vom 13./14.07.2013, S. 16.

²¹ Vgl. Żakowski, J. (2013): *Polacy są jacyś inni* [Polen sind irgendwie anders]. In: *Polityka* Nr. 17/18 (24.4.-7.05.2013), S. 20; abrufbar unter <http://www.polityka.pl/kraj/analizy/1541391,1,czym-sie-roznimy-od-innych-narodow.read>, zuletzt eingesehen am 01.02.2014.

²² Vgl. ebenda, S. 21.

²³ Vgl. Ossowski (2011): S. 135.

menhang verwundert angesichts des in Polen zu beobachtenden kritischen Diskurses gegenüber der Regierung. Besonders ist dieser in der Presse, den Tages- und Wochenzeitungen zu beobachten, doch äußert er sich auch in direkten Aktionen wie Demonstrationen, wie in den Protesten gegen die Einführung der vom polnischen Staat unterstützten europaweiten Datenrichtlinie „ACTA“ 2011. Auf der anderen Seite werfen solche breiten gesellschaftlichen Proteste ein Licht auf die Diskursverhältnisse und die Definitionsmacht innerhalb der politischen Kultur – was in der einen gerade als tugendhafter Ausdruck der politischen Einmischung betrachtet wird, gilt in einer anderen als gerade noch akzeptabel oder unreflektiertes „Aktivistentum“ jüngerer Altersgruppen. Nicht zuletzt werden zivilgesellschaftliche Aktionen von unterschiedlichen Akteuren, von Parteien oder auch Anhänger_innen anderer politischer Richtungen gerne mit diesem Argument des Nicht-Politischen und der fehlenden Professionalität und Kenntnis aus dem politischen Diskurs zu verdrängen versucht.

Eriet und Kuzik weisen zudem daraufhin, dass eine niedrige Quote an Mitgliedern in gesellschaftlichen Organisationen nicht automatisch politische Inaktivität der Bürger_innen bedeutet; vielmehr lässt sich beobachten, dass sich in Polen, aber auch in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas wie Bulgarien oder Tschechien, informelle oder semi-formale Netzwerke als Antwort auf mangelnde staatliche Unterstützung oder in bewusster Abgrenzung zu dieser herausbilden.²⁴ Es ist auch die Kluft unterschiedlicher Politik- und Gesellschaftsentwürfe zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die dazu führt, dass

*„[t]rotz des schon vor fast 20 Jahren unternommenen Systemwechsels [...] weiterhin die Zustimmung der Politik und entsprechende rechtliche Regulierungen [fehlt], die Nichtregierungsorganisationen und u.a. bürger-schaftliche Vereinigungen vollständige und rechtlich gleichgestellte Beteiligung beim Lösen von gesellschaftlichen Problemen in Partnerschaft mit dem Staat garantiert“.*²⁵

²⁴ Vgl. Ekiert/Kubik (2009): S. 30.

²⁵ „[m]imo upływu kilkanastu lat od podjęcia zmian ustrojowych, nadal brak jest zgody politycznej i odpowiednich regulacji prawnych gwarantujących organizacjom pozarządowym i zreższonym w nim obywatelom na pełno i równoprawny udział w rozwiązywaniu problemów społecznych w partnerstwie z państwem“; Wiktorska-Święcka (2007): S. 34.

Trotz alledem bleibt optimistisch festzuhalten, dass nicht zuletzt im Vorfeld und im Zuge des EU-Beitritts die rechtlichen Rahmenbedingungen für Nichtregierungsorganisationen wesentlich verbessert wurden, was sich in einem verbesserten Zugang dieser zu nationalen Fonds, EU-Fonds und EU-Programmen, der Reform der territorialen Selbstverwaltung von 1999, die Einbindung öffentlicher Institutionen im Rahmen des Systems des gesellschaftlichen Dialogs sowie der Fortschritt in der Gesetzgebung bezüglich der Fragen des öffentlichen Nutzens widerspiegelt. Letzteres beinhaltet vor allem die seit 2003 bestehende Möglichkeit, 1% seiner jährlich zu zahlenden Steuern an registrierte Nichtregierungsorganisationen zu überweisen.²⁶ Durch die Eingliederung in die bindenden Regularien der europäischen Rechtsprechung seit dem EU-Beitritt 2004 ist zuletzt auch das Bewusstsein unter Polen und Polinnen für ein „Empowerment“ jedes Einzelnen gestiegen. So wandten sich mehrere zehntausende Menschen aus Polen jedes Jahr in Streitfragen mit dem eigenen Staat an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte des Europarats in Straßburg.²⁷ Dies kann aber auch dahingehend interpretiert werden, dass viele Polen und Polinnen dem polnischen Staat wenig Vertrauen entgegenbringen und sich deswegen an eine europäische Instanz wenden.

Das Vertrauen in Mitbürger_innen als Gradmesser der Demokratie

Neben der erwähnten gesellschaftlichen Aktivität stellt das gesellschaftliche Vertrauen ein weiteres entscheidendes Kennzeichen der Zivilgesellschaft dar – je höher dieses ist, umso eher lässt sich von einer ausgebauten Zivilgesellschaft sprechen.²⁸ Umgekehrt bietet ein hoher Wert zwischenmenschlichen Vertrauens – besonders gegenüber Fremden bzw. Unbekannten – bessere Voraussetzungen zur Entwicklung einer auf Vertrauen basierenden politischen Aktivität. Diese wiederum ist elementarer Bestandteil jeder Demokratie und kann sich in diesem System am besten entfalten.²⁹ Vertrauen als ein Faktor der beschriebenen politischen Kultur rückt in den empirischen und normativen Forschungen zur Zivilgesellschaft seit Jahren immer weiter in den Mittelpunkt. Auf der einen Seite wird angenommen, dass *„eine Verbindung zwischen Vertrauen in die*

²⁶ Vgl. Wiktorska-Świąćka (2007): S. 33 f.

²⁷ Vgl. Bloom (2011): S. 226.

²⁸ Vgl. Wiktorska-Świąćka (2007): S. 29.

²⁹ Vgl. Ossowski (2011): S. 116 f.

*Institutionen des öffentlichen Lebens und der Teilnahme innerhalb der Zivilgesellschaft [existiert]*³⁰. Hierbei wird die Korrelation zwischen dem Vertrauen in die Politik und dem weiter gefassten gesellschaftlichen Klima betont, das sich in einer partnerschaftlichen Haltung von Seiten der Herrschenden wie der Beherrschten manifestiert. Je höher das gegenseitige Vertrauen, desto höher auch das Vertrauen des Einzelnen, Anerkennung statt Hürden für seine gesellschaftspolitische Tätigkeit durch die Politik zu bekommen, was auch als vertikales Vertrauen bezeichnet wird. Auf der anderen Seite, der horizontalen Ebene, wird das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft gegenüber anderen Mitmenschen untersucht. In Polen liegt dieser Wert weit unter dem Durchschnitt, seit Jahren bewegt er sich zwischen 9 und 14%, während der europäische Durchschnitt 32% beträgt.³¹ Neben den historischen Erklärungen weisen Wiktorska-Świącka und Sieworek auf weitere spezifisch polnische Phänomene hin, die im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Vertrauen stehen. Sieworek geht in diesem Zusammenhang von einem Vakuum innerhalb der polnischen Öffentlichkeit aus, da das gesellschaftliche Leben nur auf zwei Ebenen organisiert sei – der größtenteils abstrakten nationalen Gemeinschaft [wspólnota narodowa] und der privaten Sphäre. Diese schließen sich zudem gegenseitig aus – entweder man befinde sich in der Nation oder in der Familie. Dies bewirke, dass die Öffentlichkeit nicht als genuin eigene wahrgenommen und es so wenige Initiativen und Organisationen „von unten“ gibt.³²

Wiktorska-Świącka setzt in ihren Untersuchungen einen anderen Schwerpunkt mit dem Hinweis auf den gesellschaftlich-kulturellen Charakter und die Stärke zweier für Polen wichtiger Institutionen, der erwähnten Familie und der sogenannten positiv verstandenen guten Gesellschaft im Sinne von geselliger Kameradschaft [dobre towarzysystwo]. Beide Institutionen sind in den Augen der Autorin im Kern exklusiv und bauen ihr Vertrauen auf einen engen Kreis von Menschen auf, was einer Zivilgesellschaft mit seinen Idealen von Inklusivität und Offenheit gegenüber Anderem, Äußerem und Neuem entgegensteht.³³ Die Gleichgültigkeit gegenüber der Politik und der Graben zwischen dem Zugehörigen und

³⁰ „[i]stnieje związek między zaufaniem do instytucji życia publicznego i udziałem w społeczeństwie obywatelskim“; Ossowski (2011): S. 128.

³¹ Vgl. Karwińska, A.: Challenges for the civil society: educating for democracy in Poland. In: *Filosofja. Sociologija*, H. 4 (2008), S. 55.

³² Vgl. Sieworek (2013): S. 16.

³³ Vgl. Wiktorska-Świącka (2007): S. 33.

Anderen, dem, was als „Wir“ gegenüber dem, was als „Sie“ gekennzeichnet wird, verstärken darüber hinaus die Passivität der Bürger_innen in Bezug auf zivilgesellschaftliches Engagement³⁴. Zwar steigt, wie die neueste Umfrage der „Diagnoza Społeczna“ feststellt, die subjektive Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der Lebensqualität der polnischen Bevölkerung seit Jahren und erreichte nunmehr eine dauerhaft stabile Marke von 79%.³⁵ In der Fachliteratur wird dieser hohe Grad mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse in Zusammenhang gebracht. Die Postmaterialismus-Theorie von Lipset und Lenz sieht zudem eine Korrelation zwischen gesellschaftlicher Grundsicherheit und einem Anstieg anderer sozialer Tätigkeiten, die nicht unmittelbar mit der eigenen Arbeit und der eigenen materiellen Versorgung verbunden sind.³⁶

Dagegen glaubt der Sozialforscher Jacek Żakowski, dass sich nichts in der Politik ändern wird, unabhängig davon, in welche Richtung sie steuert, da die Menschen aus anderen Ressourcen – vor allem dem Privatleben – ihre Zufriedenheit und ihr Glück ziehen und keinen Zusammenhang zwischen den Handlungen ihrer Politiker_innen und dem eigenen Leben sehen.³⁷ Diese Nicht-Identität der Bürger_innen mit der Politik bewirke wiederum, dass Polen auch keine Revolten wie in Istanbul, Athen oder Madrid drohe, wo nicht nur junge Menschen zu Hunderttausenden ihrer Unzufriedenheit mit der politischen Szene, den Parteien und Politiker_innen Ausdruck verliehen.³⁸ Nichtsdestotrotz sind die (fiktiven) Durchschnittsbürger_innen überzeugt,

„dass wenn man sich aus dem eigenen glücklichen Nest bewegt, man in ein schwarzes Loch fällt. Für die Polen ist alles, was außerhalb der privaten Welt ist, nur etwas, was in den Ruin führt, einfach nur frustrierend. Unser privates Leben macht uns glücklich, die Politik aber – sie frustriert uns“³⁹.

³⁴ Vgl. Ossowski (2011): S. 112.

³⁵ Vgl. Czapiński, J. (2013): Prywatne życie nas uszczęśliwia, polityka – frustruje [Das Privatleben macht uns froh, aber die Politik frustriert uns]. Interview von Agnieszka Kublik. In: Gazeta Wyborcza vom 27.06.2013, S. 3.

³⁶ Vgl. Ossowski (2011): S. 118.

³⁷ Vgl. Żakowski (2013): S. 21.

³⁸ Vgl. Czapiński (2013): S. 3.

³⁹ „[...] że jak sie ruszy ze swojego szczęśliwego gniazdka, to wpadnie w czarną dziurę. Dla Polaków wszystko, co jest na zewnątrz jego prywatnego świata, jest byle jakie, zmierza ku ruinie, jest frustrujące. Nasze prywatne życie nas uszczęśliwia, polityka – frustruje“; vgl. ebenda.

Dies schlägt sich auch in den Umfragewerten nieder: Immerhin 5,8% (ein Plus von 2,2% gegenüber 2011) sehen die Demokratie als schlechte Regierungsform an, lediglich noch 25% (zum ersten Mal seit 20 Jahren sank der Anteil der Befragten in dieser Kategorie) halten die Demokratie für die relativ gesehen bessere Regierungsform. Janusz Czapiński empfiehlt den Politiker_innen, auf die Umfragen zu reagieren und ihren Regierungsstil zu ändern, um der steigenden Popularität für einen abgeschwächten, Meinungsfreiheit und wirtschaftliche Grundfreiheiten zulassenden Autoritarismus der politischen Eliten entgegenzuwirken.⁴⁰

Kampf der drei Ethiken

Polens politische Apathie lässt sich zu großen Teilen als eine Wertedebatte verstehen, die nicht nur die beiden großen Parteien des Landes – „Platforma Obywatelska“ [Bürgerplattform, PO] und „Prawo i Sprawiedliwość“ [Recht und Gerechtigkeit, PiS] – erfasste, sondern in verschiedenen öffentlichen Diskursen seinen Niederschlag findet, jedoch nur gelegentlich in Demonstrationen hervorbricht und Gehör findet. Ein Grund dafür ist nach Ansicht von Wiktorska-Świąćka die einseitige Fokussierung auf die erwähnten zwei der drei Ziele des Transformationsprozesses, der schnell aufgebauten Strukturen des freien Marktes und der Strukturen der parlamentarischen und liberalen Demokratie. Methoden wie das Subsidiaritätsprinzip sowie Institutionen der Zivilgesellschaft, die eine Aktivierung der einzelnen Bürger_innen ermöglichen, wurden dagegen von Beginn an vernachlässigt.⁴¹ Dies leistet einer autoritären Tendenz innerhalb der Bevölkerung Vorschub, die nach Ossowski durch die geschichtlichen Prägungen stark in der polnischen Gesellschaft verwurzelt sei. Zudem bewirkte der nicht unmaßgebliche Einfluss der katholischen Kirche Polens, die seit der Transformation ihre Rolle als Ersatz der Zivilgesellschaft verlor und sich daraufhin als moralisches Gegenstück zum Liberalismus und Kosmopolitismus inszenierte, dass sowohl unter Wähler_innen als auch unter den sie politisch Repräsentierenden der Einfluss religiöser Autoritäten ungewöhnlich groß ist.⁴²

Ungeachtet dessen sind auch in der sogenannten Mitte der polnischen Gesellschaft viele antibürgerliche Einstellungen und Handlungsmuster zu beobachten. Dazu zählt Wiktorska-Świąćka Ratlosigkeit, Individualismus (was wiederum in

⁴⁰ Vgl. Czapiński (2013): S. 3.

⁴¹ Vgl. Wiktorska-Świąćka (2007): S. 31.

⁴² Vgl. Ossowski (2011): S. 173.

Kontrast steht zum Charakteristikum des Kollektivismus, der ein Erbe der kommunistischen Zeit in Polen ist), das Fehlen gesellschaftlicher Rollenbilder, Konsumtionismus, Passivität und eine Mentalität des Forderns.⁴³ Demgegenüber mangle es an einem Austausch zwischen Bürger_innen und Politiker_innen, bedingt durch fehlende politische Erfahrung und Institutionalisierung. Einen Mangel an Dialogbereitschaft sieht Ossowski vor allem in der politischen Parteienszene, in der jeder Kompromiss als persönliche Niederlage empfunden werde.⁴⁴ Diese allesamt für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft ungünstigen autoritären Züge erleichterten im Zuge der Einführung der freien Marktwirtschaft die Ökonomisierung [urynkowanie] der polnischen Demokratie.⁴⁵ Die Entwicklung des politischen Marketings in den letzten Jahren verstärkte zudem die Tendenz, dass Politik immer stärker nach den Maßstäben des Marktes beurteilt werde, in erster Linie nach den Kriterien Erfolg und Effektivität, die Wahlerfolge sichern. Ossowski wagt aus diesem Grund die These, dass es die liberal-demokratische Ethik der Zivilgesellschaft in der Rivalität mit der katholischen autoritären Ethik schwer haben werde zu bestehen; gleichermaßen – und das ist seine größte Befürchtung – könne der Kampf mit der alle Bereiche durchwirkenden Marktethik schon verloren sein.⁴⁶

Schluss

Die polnische Gesellschaft ist von Zweideutigkeiten, Paradoxien und Uneindeutigkeiten durchzogen. Soziolog_innen und Politikwissenschaftler_innen haben es deshalb auf diesem Feld schwer, eindeutige Befunde und Ursachen für ihre Forschungsergebnisse abzugeben, geschweige denn Handlungsempfehlungen zu geben. Die vorgestellten Zusammenhänge und Ergebnisse unterschiedlicher Aufsätze und empirischer Forschungen machen deutlich, dass sich Polen auf verschiedenen Ebenen weiterhin im Umbruch befindet. Oft scheinen sich diese Prozesse der Professionalisierung, Ökonomisierung oder Liberalisierung gegenseitig zu widersprechen, dennoch ist der gegenseitige Einfluss un-

⁴³ Vgl. Wiktorska-Święcka (2007): S. 30.

⁴⁴ Vgl. Ossowski (2011): S. 113.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 136.

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 174. Ein persönliches Beispiel zeigt sich in der Einführung eines neuen Studiengangs zum Wintersemester 2013/14 an meiner Fakultät an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen: „Zarządzanie państwem“ - das „Staatsmanagement“, das wohl einen Gegenpart zu den als zu theorielastigen empfundenen Lehrveranstaltungen der Politologie darstellen soll.

bestreitbar. Auch die Zivilgesellschaft Polens befindet sich nach wie vor in einer Übergangsphase von einer „oppositionellen Zivilgesellschaft“ hin zu einer „teilnehmenden Zivilgesellschaft“. Letztere müsste in der Theorie mit einer Veränderung der politischen Kultur einhergehen, die es ermöglichen soll, Einstellungen innerhalb der Gesellschaft hinsichtlich einer Identifizierung mit dem Allgemeinwohl (und somit sowohl mit dem Staat als auch der Gesellschaft) sowie eines gemeinschaftlichen bürgerlichen Selbstverständnisses zu entwickeln.⁴⁷ Damit dies gelingen kann, muss nach einhelliger Meinung vor allem das Bildungssystem verändert werden, da bisher in Polen kein stabiles und institutionell organisiertes System der bürgerlichen Bildung existiert.⁴⁸ Befürworter dieses Konzepts stützen sich auf die Annahme, dass Kultur, Sozialisation und die darauf aufbauenden Wertvorstellungen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss in der Gestaltung eines demokratischen Systems besitzen, weswegen unterstützende Formen der politischen Bildung etabliert werden sollten.⁴⁹ Zusätzlich seien starke zivilgesellschaftliche Institutionen im Stande, Beziehungen zwischen Politiker_innen und Wähler_innen und den emotionalen und mentalen Graben zwischen ihnen zu schließen.⁵⁰

In den Augen von Sławomir Sierakowski, des jungen Vorsitzenden einer der größten unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, „Krytyka Polityczna“, scheitert dieses Vorhaben jedoch regelmäßig an der Angst der nationalen politischen Szene vor Veränderung:

„Die Zivilgesellschaft, die uns hier nach 89 versprochen wurde, ist in den Augen der Mächtigen die größte Unsicherheit. In dem Moment, in dem ein Bürger Energie und Mut aufbringt, wird er verdächtig. Im besten Fall, Unsinn im Kopf zu haben, im schlimmsten Fall politische Ansichten zu besitzen.“⁵¹

⁴⁷ Vgl. Wiktorska-Świąćka (2007): S. 25.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 30.

⁴⁹ Vgl. Karwińska (2008): S. 58 f.

⁵⁰ Vgl. Ossowski (2011): S. 129.

⁵¹ „[S]poleczeństwo obywatelskie, które sobie tutaj obiecano po 89 roku, to jest największe niebezpieczeństwo w oczach władz. W momencie kiedy obywatel wykazuje jakąkolwiek energię i odwagę staje się podejrzany. W najlepszym razie o zawracanie głowy, a w najgorszym o posiadanie poglądów politycznych“; Sierakowski, S. (18.07.2013): Kiedy obywatel wykazuje jakąkolwiek energię i odwagę staje się podejrzany [Wenn der Bürger irgendeine Form von Energie und Mut aufbringt, macht er sich verdächtig], einsehbar unter <http://natemat.pl/68719,slawomir-sierakowski-kiedy->

Aus den vorangegangenen Überlegungen lassen sich weiterführend zwei Probleme für die Zukunft der theoretischen Debatte um eine Politisierung der Gesellschaft und eine Vergesellschaftlichung der Politik herausarbeiten: Eines lässt sich in der Beziehung zwischen Politiker_innen und Wähler_innen und dem zugrundeliegenden Politikbegriff verorten. Wie in den letzten Monaten in den Demonstrationen gegen die autoritär empfundene Politik des türkischen Premierministers Erdogan in der Türkei oder den Protesten der „Indignados“ in Spanien zu beobachten ist, fordern die Demonstrierenden vor allem eine andere Haltung der politischen Szene ihnen gegenüber. Sie wollen in ihren unterschiedlichen Forderungen ernst genommen werden und setzen sich für eine pluralistische und Alternativen bietende Vorstellung von Demokratie ein, die ihre Legitimität nicht nur aus repräsentativen Elementen, sondern aus ständigen Rücksprachen und Entscheidungen *mit* dem Volk bezieht. Das andere hängt mit der schwächer werdenden Beziehung zwischen dem Individuum und der Nation zusammen, was in Polen mit seiner sich erst langsam entwickelnden Zivilgesellschaft noch einmal besondere Brisanz mit sich bringt. Hierbei stellt sich die Frage, ob eine inklusive Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert ausschließlich auf die mehr und mehr an sozialen und rechtlichen Einfluss verlierenden Nationalstaaten beschränkt sein soll. Gerade durch die stetige politische Kompetenzerweiterung supranationaler Institutionen wie der Europäischen Union ist die brisante – aber noch offene – Frage der fortschreitenden Demokratisierung der supranationalen wie nationalen Institutionen zugleich eine Frage der europäischen Bürgerschaft und Zivilgesellschaft.⁵² Im Hinblick auf die richtungsweisende Wahl zum Europaparlament im Mai 2014 sind deshalb identitäre Debatten um den Begriff und das Ziel einer Gesellschaft unabhängiger Individuen als Bürger_innen gerade in Ländern wie Polen mit einer noch schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft umso wichtiger.

[obywatel-wykazuje-jakakolwiek-energie-i-odwage-staje-sie-podejrzany](#), zuletzt eingesehen am 01.02.2014.

⁵² Vgl. Bokajło/Wiktorska-Święcka (2007): S. 10.